

II-13145 der Beifagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6374 IJ

1994-04-06

ANFRAGE

des Abgeordneten Srb, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Verbesserung der rechtlichen Situation von PflegegeldbezieherInnen

Einer APA-Aussendung vom 27.3.1994 ist zu entnehmen, daß es Ihrer Aussage zufolge Verbesserungen für die BezieherInnen von Pflegegeldern geben werde. So sollen Betroffene - entgegen des im Gesetz vorgesehenen Termines - bereits ab dem 1. Juli 1995 gegen eine zu niedrige Einstufung Einspruch erheben können. Weiters ist dieser Aussendung zu entnehmen, daß es bereits diesbezügliche Gespräche zwischen Ihnen und dem Justizminister gegeben habe. Demgegenüber sagt der Sprecher des Justizministeriums aus, daß an den Minister "offiziell noch niemand herangetreten" ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie lauten Ihre konkreten Pläne, um den nach Meinung vieler JuristInnen und Betroffener verfassungswidrigen Zustand zu beenden?
2. Bis wann sollen Ihre Pläne realisiert werden?
3. Trifft die Äußerung des Sprechers des Justizministers zu, daß in dieser Causa noch niemand mit dem Ressortverantwortlichen gesprochen hat?